Frölichs Antwort an die K. P. D.

Weimar, 13. Juni. (Eig. Drahtb.) Der thüringische Landtag beschäftigte sich am Mittwoch mit einer kommunistischen Interpellation, betreffs Stellungnahme der Thüringer Regierung zur Politik der Reichsregierung. Bevor das Haus in die Beratung eintrat, gaben sämtliche bürgerlichen Fraktionen einschließlich der Demokraten eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie die gegenwärtigen Augenblick sich mit keinem Wort an der Beratung der kommunistischen Interpellation beteiligen würden, weil sie unsinnige Anwürfe, sinnlose Uebertreibungen und faustdicke Lügen enthalte. Als der kommunistische Abgeordnete Tenner das Wort zur Begründung erhielt, verließen die Rechtsfraktionen gemeinschaftlich den Sitzungssaal. Es kam zu einer kleinen Lärmszene, weil der Kommunist von der Rednertribüne herab bemerkte, das sei gut, er werde seine Perlen nicht vor die Säue werfen. Nach einer weit ausholenden Begründung wurde die Frage erhoben, welche Stellungnahme die Thüringer Regierung zur Politik der Reichsregierung und zum Versklavungsplan der Großindustrie einnehme. Staatsminister Frölich gab nach einer allgemeinen Abrechnung mit den Kommunisten folgende Regierungserklärung ab:

„Die Regierung hat und konnte durch den Vorsitzenden des Staatsministeriums nicht gegen die gemeinsame Niederwerfung der Arbeiter des Ruhrgebiets durch deutsche und französische Truppen protestieren, da ihr von einer Niederwerfung durch deutsche und französische Truppen nichts bekannt war und bis auf den heutigen Tag nicht bekannt geworden ist.

Für die Schaffung eines gemeinsamen Arbeiterselbstschutzes ist die Regierung nicht eingetreten. Der Standpunkt zu dieser Frage ist den Interpellanten hinlänglich bekannt.

Gegen die Forderung der Industrie hat sich die Regierung ablehnend und entschieden gewandt. Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie die Forderungen der Industrie nicht anerkenne. Das Angebot der Industrie abzulehnen, lag keine Veranlassung vor, zumal die Lenkung der Wirtschaft zum Zwecke der Reparation durch einen Akt der Gesetzgebung erfolgen und dabei der Grad der Belastung der Industrie festgestellt werden muß. Die Regierung ist unter Hinweis auf den noch nie dagewesenen Luxus gewisser Kreise in Deutschland für eine stärkere Belastung der Industrie eingetreten.

Der Regierung Cuno das schärfste Mißtrauen auszusprechen, ist nicht Aufgabe der Landesregierung. Sofern Veranlassung dazu vorliegt, ist nach Artikel 54 der Reichsverfassung nur der Reichstag dazu berufen, ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung auszusprechen."

Im Anschluß an diese Erklärung kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten. Vor dem letzten kommunistischen Redner, der besonders ausfällig wurde, verließen auch die sozialdemokratischen Abgeordneten den Sitzungssaal.

Ueber eine von den Kommunisten eingebrachte Entschließung, durch die das Verhalten der thüringischen Regierung in der zur Debatte stehenden Frage mißbilligt werden soll, wird am Donnerstag abgestimmt.

Wie Schweyers Polizei aussieht

Der Münchener Hochverratsprozeß

München, 13. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der neunte Verhandlungstag brachte die Vernehmung des Hauptzeugen Schäfer, der man mit besonderem Interesse entgegensah. Schäfer ist der Führer und Organisator des Blücherbundes und seit langer Zeit eine heiß umstrittene Persönlichkeit. An seinen Namen knüpfen sich verwickelte Intrigen politischer Art, die bis heute noch ungeklärt sind. Seine Führung im Blücherbund war in der letzten Zeit heftigen Angriffen von innen heraus ausgesetzt, deren Seele Arnold Ruge war. Aus zufälligen Bemerkungen des Zeugen Kautter erfuhr man, daß das bekannte Flugblatt gegen Schäfer von Ruge verfaßt und verbreitet worden war. Das Zweifelhafte an Schäfer geht auch daraus hervor, daß vor seiner Vernehmung das Gericht die drei Hauptzeugen Narr, Kautter und Friedmann auf ihren Eid hin fragte, ob sie im Verkehre der Zusammenarbeit mit Schäfer den Eindruck erhalten hätten, daß Schäfer eventuell ein Doppelspiel treibe, das heißt, daß er auch mit Machhaus gemeinsame Sache zu machen gewillt sei. Alle drei Zeugen erklärten unter ihrem Eid, daß sie diesen Eindruck niemals gehabt hätten. Die Aussage des Schäfer zum Prozeßthema deckt sich im allgemeinen mit den Angaben der drei andern Hauptzeugen. Von Wichtigkeit aber ist seine Angabe daß er bereits zu Weihnachten 1922 bei der Polizeidirektion München vorstellig geworden ist und dort Meldung über Fuchs und Machhaus und ihre französischen Gelder erstattet hat. Offenbar hat aber die Polizei diesen Angaben keine Bedeutung beigemessen. Nicht einmal der Polizeipräsident wurde von seinen Unterorganen davon verständigt. Schäfer hat Mitte Februar noch ein zweites Mal die Polizeidirektion persönlich von diesen hochverräterischen Dingen verständigt, aber auch diesesmal, und zwar an dem Tage, wo Aichert gerade in München eingetroffen war, **sah sich die Münchner Polizei zu keinem irgendwie gearteten Eingreifen veranlaßt. Auf Grund dieser eidlichen Aussage vermag sich nun jeder selbst ein eigenes Bild von den Zuständen der Münchner Polizeidirektion zu machen.**

Der Zeuge verbreitet sich dann über die inneren Verhältnisse im Blücherbund, vor allem über die Treibereien des Ruge, Berger und Machhaus gegen ihn als Führer. Diese Angaben machte er allerdings mit großer Vorsicht und verweigerte die Auskunft über besonders delikate Fragen mit dem Hinweis, daß er im Interesse der Landesverteidigung darüber nur unter Ausschluß der Oeffentlichkeit sprechen könne. Das Gericht ging dann einstweilen nicht näher auf diese Dinge ein. Schäfer hat im ganzen etwa 26 bis 28 Millionen Mark von Fuchs und Machhaus erhalten. Ueber diese Einnahmen stellte er keine Quittungen aus, und auch sonst fehlen darüber irgendwelche Einnahme-Belege. Auch dieser Zeuge behauptet, daß er die ganzen Summen ausschließlich für die Organisationen verwendet habe, worüber er summarisch Buch geführt habe.

Aus dem Münchner Sumpf

München, 13. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Mit einiger Spannung sah man am Mittwoch einem Prozeß entgegen, in dem sich der Hauptmann a. D. Dr. Römer wegen Aufforderung zum Mord zu verantworten hatte. Die Anklage behauptet, daß Römer im August 1921 den Schriftsteller Wilhelm Kiefer alias Hauptmann v. Kessel in München wiederholt dazu aufgefordert habe, den Kapitänleutnant a. D. Ehrhardt und den Major Siebringhaus zu ermorden. Als Grund dafür, daß die beiden Genannten beseitigt werden müßten, setzte Römer dem Kiefer auseinander, er habe unwiderlegliche Beweise dafür, daß Ehrhardt zu den Juden abgeschwenkt sei und von dem Großindustriellen Regierungsrat Krantz, dem Freunde des Staatskommissars Weißmann in Berlin, finanziert werde. Von diesen Leuten sei ein sogenannter nationaler Putsch geplant, der in nächster Zeit zur Ausführung gelangen und einen unermeßlichen Schaden für Deutschland hervorrufen werde. Die Anklage stützte sich vollständig auf diese Angaben des Kiefer, der mit Römer zusammen in Oberschlesien „gearbeitet" hatte in Gemeinschaft mit Dr. Arnold Ruge.

In der heutigen Verhandlung erklärte nun dieser dunkle Ehrenmann, daß er nach § 54 der Reichsstrafgesetzgebung seine Aussage in jeder Weise verweigere, weil er durch wahrheitsgemäße Angaben sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen würde. Auf Grund dieser Erklärung, die höchstes Aufsehen im Gerichtssaal hervorrief, wurde der Angeklagte natürlich freigesprochen. Dabei führte das Gericht aus: „Die Verhandlung hat nicht nur keinen Beweis dafür erbracht, daß Römer die Tat begangen hat, sondern in der Ueberzeugung des Gerichts steht fest, daß Römer die Tat nicht begangen hat. Das Gericht ist ferner überzeugt, daß der Zeuge Kiefer die Aussage vor Gericht nur deshalb verweigert, weil er die in der Voruntersuchung gemachten Angaben heute, nachdem er sie beeidigen sollte, in keiner Weise mehr aufrecht erhalten kann."

Es ist klar, daß nun gegen Kiefer selbst ein Verfahren wegen verleumderischer Nachrede eröffnet wird. Hoffentlich erfährt man dann Näheres über diesen sauberen Hauptmann v. Kessel, über den seit längerer Zeit in München die unkontrollierbarsten Gerüchte wegen Spitzeldiensten in Spionagedingen umlaufen.

Gegen den französischen Imperialismus

Das deutsche Zentralkomitee der jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poalezion, der allein in Rheinland-Westfalen etwa 60 000 jüdische Arbeiter angehören, wendet sich in einem Aufruf gegen die Methoden des französischen Militarismus. Mit Mord und Raub — heißt es in diesem Aufruf — und unter dem Druck der Bajonette will man das deutsche Volk zwingen, den Wünschen der französischen Imperialisten nachzukommen, deren Absicht es ist, die deutsche Republik zu zerstückeln und eine separate rheinische Republik unter dem Protektorat des französischen Kapitals zu schaffen. Die deutschen Arbeiter in Rheinland und Westfalen haben den Kampf aufgenommen gegen die französische militärische Vergewaltigung. Sie lassen sich nicht einschüchtern durch den militärischen Druck und Zwang. Die jüdische Arbeiterschaft in Rheinland und Westfalen hat an allen Kämpfen der deutschen Arbeiterschaft teilgenommen. Sie wird auch in diesem schweren Kampfe mit der deutschen Arbeiterschaft Hand in Hand gehen und zusammen mit ihr eine einige Kampffront bilden. Die jüdische Arbeiterschaft, die diesen Kampf des deutschen Proletariats im Rheinland als einen Kampf gegen militärische Herrschaft und imperialistische Verknechtung betrachtet, will und wird ihre Klassenschuld zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft erfüllen. Die deutsche Arbeiterschaft führt diesen Kampf durch ihre Organisationen, durch die Vereinigte Sozialdemokratische Partei und durch die Gewerkschaften, deren Beschlüsse in allen Fällen auch von der jüdischen Arbeiterschaft auszuführen sind. Jede Handlung, die diesen Beschlüssen zuwiderläuft, ist ein Verrat gegenüber den eigenen Klassengenossen und schädigt den internationalen Kampf des Proletariats.

Die Saarfrage vor dem Völkerbund

Genf, 13. Juni. Der Völkerbundsrat tritt am 29. Juni unter dem Vorsitz des italienischen Vertreters Salandra in Genf zusammen. Außer der Finanzlage der Stadt Danzig, dem Berichte des Völkerbundskommissars in Wien über die langfristige Anleihe sowie zahlreichen andern Fragen steht auf der Tagesordnung ein englischer Antrag über das Saargebiet. Das Völkerbundssekretariat teilt darüber folgendes mit: Die englische Regierung hat durch Vermittlung ihres Vertreters beantragt, die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf die Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes vom 7. März 1923 über die Aufrechterhaltung der Ordnung und vom 2. Mai d. J. über Streikposten zu lenken. Die englische Regierung beantragt außerdem eine Untersuchung darüber, ob die Vertretung des Saargebietes und die Regierungskommission dem Geiste und Buchstaben des Versailler Vertrages entsprechen.

Eine Denkschrift der englischen Regierung

rs. **London**, 14. Juni. (Eig. Drahtm.) Gestern wurde dem französischen Botschafter in London eine Denkschrift der englischen Regierung übergeben, in der Frankreich angefragt wird, ob es im Falle, daß Deutschland den passiven Widerstand im Ruhrgebiet einstelle, geneigt wäre, die militärische Besetzung einzuschränken, und mit England einen Gedankenaustausch über das gesamte Reparationsproblem zu führen.

Baldwin ist der Ansicht, daß der Gedankenaustausch mit den übrigen Ententeregierungen in der Reparationsfrage in acht bis zehn Tagen beendet sein könnte. Er hält als Kompromißformel die Resolution des von Bonar Law der Pariser Januar-Konferenz vorgelegten Reparationsplanes bereit. Er würde insbesondere einer weitaus starken Annulierung der interalliierten Schulden zustimmen, um eine dauerhafte Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen.

Der alte Geist

Die selbstverständliche Pflicht eines jeden Staatsbürgers in einer demokratischen Republik, seine Dienste uneigennützig zur Verfügung zu stellen und am inneren Aufbau des Deutschen Reiches mitzuwirken, ist von einem Teil unsrer alten Beamten immer noch nicht erkannt worden. Wir sind in den Besitz eines vertraulichen Rundschreibens des „Bundes deutscher Reichsfinanzbeamten" an seine Landes- und Bezirksverbände gelangt, das einen Einblick in die teilweise direkt staatsfeindliche, sabotierende Tätigkeit gewisser Beamten liefert. Die Leitung dieses Bundes gibt ihren Funktionären Instruktionen und Verhaltungsmaßregeln gegenüber den von der Eisenbahn und der Post an die Finanzverwaltungen überwiesenen Beamten. Sie schreibt u. a.:

„..... Zum Schluß möchten wir noch auf die Uebernahme der Verkehrsbeamten andrer Verwaltungen eingehen. Unsre eigene Verwaltung ist nicht in der Lage, dieses Unheil abzuwenden, da sie an die Beschlüsse des Reichstages gebunden ist. Hier können die Kollegen nur selber helfen, indem sie den übertretenden Beamten das Leben recht sauer machen (!); ein Vorgehen, das in verschiedenen Fällen schon segensreich (!) gewirkt hat. Die besonderen Verhältnisse unsres Dienstes haben es mit sich gebracht, daß viele von diesen Beamten wieder zu ihren alten Verwaltungen zurückgekehrt sind. Soweit uns bekannt geworden ist, sind die zuerst überwiesenen 200 Stellen noch nicht restlos besetzt, und auch die kommenden 800 werden der Verwaltung zum Teil wieder den Rücken kehren, wenn nur die eigenen Kollegen in möglichst unauffälliger Weise (!) dafür sorgen, daß ihnen der Dienst mehr Leid, denn Freude bereitet.

Mit Bundesgruß; gez. Troppenhagen, 1. Vorsitzender."

Wenn schon bisher die Finanzbehörden infolge der Steuersabotage des Besitzes, infolge vieler unklarer gesetzlicher Bestimmungen und nicht zuletzt infolge bureaukratischer Arbeitsmethoden verschiedener älterer Beamten, die sich in die verwickelten neuen Verhältnisse nicht hineinarbeiten konnten, versagten, wohin sollen wir erst bei einer direkten Sabotage der alten Beamten kommen! Es erscheint uns dringend notwendig, daß sich der Reichsfinanzminister um die Angelegenheit kümmert und den gekennzeichneten Verband bei kommenden Verhandlungen als Beteiligten infolge seiner antigewerkschaftlichen Mittel ablehnt.

Leben • Wissen • Kunst

Kinderzeichnung

Graphische Ausstellung Erfurth

Wer einmal sehen will, was Freude an der Farbe ist, der gehe zu Erfurth und sehe sich die Kinderzeichnungen dort an. Wir sind raffiniert geworden. Wir machen das Kind, seine Ursprünglichkeit, seine überquellende Lebensfreude, seinen Lebensdrang zum Gegenstand des Genusses, — wir ästhetisieren darüber, wie über die auf feinfühligster Erotik aufgebaute Toilette einer Filmdiva oder über eine besonders eigene Form eines Hellerauer Möbels. Wir ahmen kindliche Zeichnungen in der Kunst nach und nehmen für uns das Recht in Anspruch, wie die Kinder zu empfinden in Form und Farbe. Dabei sind wir überverfeinerte, intellektuell veranlagte Menschen einer Spätkultur. Es ist eben ein Zeichen unsres Alters, daß wir zum Bewußtsein des anders gearteten Kinderlandes in solcher Schärfe kommen, und ein Zeichen der Dekadenz, daß wir Kinderart zum ästhetischen Genuß machen. Innerlich junge Zeiten waren davon weit entfernt. Man betrachte z. B. das raffiniert aufgemachte Plakat der Ausstellung und die große Wirkung, die es ausübt! Vielleicht nehmen unsre „Primitiven" die Ausstellung zum Anlaß, recht viel Neues zu lernen für ihre Arbeit in Primitivität.

Gegen die Ausstellung richtet sich ein Bedenken rein methodisch-pädagogischer Natur. Es muß gesagt werden, daß die meisten dieser Zeichnungen nicht Kinderzeichnungen, sondern Fabrikate von Kind, Lehrer und Kunstgewerbe sind. Wir lernten früher grade Striche, später Calame-Strichlagen machen, dann Kegel, Kugel oder Zylinder schattieren oder — etwas ganz Feines! — Gipse abzeichnen. Diese Methode war bequem für den Lehrer, bequem für den Schüler, der, wenn er noch mehr verlangte, irgendwohin kopieren ging. Heute ist das anders, heute sind die Eigentätigkeit des Kindes und sein eigener Wille die Hauptsache. Ein Beispiel: Als Aufgabe der Klasse wird vorbereitet: Ein Baum in Sturm und Regen. Inwieweit dabei den Kindern Formelemente: Ackerlinien, Baumstamm mit Zweigen, Regenstriche gegeben werden, läßt sich aus der Gemeinsamkeit des Auftretens dieser Elemente auf verschiedenen Blättern entnehmen. Doch davon abgesehen! Nun verstehen manche Kinder den Sinn und das Wesen der Aufgabe, d. h. wiederzugeben, wie der Sturm auf den Baum und den Regen wirkt; manche nicht. Es gibt da Zeichnungen, auf denen der Regen vom Sturm gepeitscht wird, der Baum aber stillsteht. Offenbar bezeugt die Tatsache, daß solche unverstandene Blätter auch ausgestellt wurden, daß man sie für gut hielt, vielleicht weil sie eine originelle Farbengebung haben. Solche Nachgiebigkeit der kindlichen Psyche gegenüber, die es gutheißt, wenn das Kind eine vorgestellte Aufgabe nicht richtig löste, sondern dafür setzte, was es selber wollte, heißt, das Kind für Tragödien im Leben großziehen, denn das Sachenwerk z. B. hat dem späteren Lebeling gegenüber für solche Auffassungen keinen Sinn. Dazu ist jede Kompromißlösung, die einseitig einen Gegenpol: das Kind, betont, und den andern: das Leben, nicht berücksichtigt, leicht. — Noch ein Zweites: Die kleinen Noldes, Pechsteins usw., die man dort sieht, sind nicht kindtümlicher Expressionismus, sondern Erzeugnisse künstlerischer Malrezepte, fix und fertig von außen ans Kind herangetragen, von einem Lehrer, der vielleicht daran Freude hat. Auch diese Erneuerung des Rezeptverfahrens im Unterricht ist gefährlich. Drittens: Perugino und die Frührenaissance, dazu das moderne Kunstgewerbe in raffiniertester Aufmachung, — das ist nichts, was aus dem Kind entwickelt ist, zumal wenn die Lehrerin selber mondänste Damengesichtchen in die Kinderzeichnung mit hineinmalt! Ich bin der Meinung, daß zwar die Lehrerin sehr viel Freude an Stoff und Behandlung, das Kind aber noch nicht sehr viel Verständnis dafür hat.

Doch ich möchte nicht so verstanden werden, als ob der Ausstellung nicht wertvoll wäre. Im Gegenteil: Ich bewundere das große Interesse, die außerordentliche Liebe zum Beruf und die Begabung dazu, die hier in einzelnen Lehrerpersönlichkeiten, wie Dörner (Meißen), zutage tritt. Ich äußere die Bedenken nur, damit nicht die Ueberbetonung gewisser Dinge der modernen Schulmethode Angriffsflächen schaffe und ihr Ende zur Folge habe. — Ich will auch darauf hinweisen, daß, selbst wenn dem Kind manches nicht zum vollen Bewußtsein kommt, doch die dauernde Gewöhnung an Gutes ihre Wirkung nicht verfehlen kann.

Ein Kapitel für sich sind die Arbeiten von Künstlerkindern (Mitschke-Collande oder Prof. Wieynck). Hier liegt eben für den kindlichen Nachahmungstrieb ein besonders starker Anreiz vor. Kein Wunder, wenn da Beachtliches oder Ueberreifes, wie im Fall Mitschke-Collande, entsteht.

Schließlich sind Schularbeiten von Hesse (Chemnitz) u. a. da, bei denen prinzipiell jeder Eingriff gewissenhaft vermieden ist. Ferner ganz unbeeinflußt entstandene Blätter, wie die des kleinen Deutschruffen, der das Plakat gemacht hat. Aber der ist ein frühreifer Bildner. Er formt das Jagen der Pferde in Körper, Beinen, Köpfen und Schwung mit Bewußtsein und Willen. Er setzt die Steifheit der Reiter und ihre Ruhe klar im Gegensatz dazu. Er formt bestimmt eine Brücke, er zeigt bedeutendes Gefühl in Pflanzenzeichnungen, — es ist ein seltener Ausnahmefall. Er ist beinahe kein Kind mehr in seiner Zeichnung.

Alles in allem: Wenn ich auch manche Bedenken äußerte, man gehe doch hin. Es ist immerhin Jugendland. Man jauchze mit dem Kinde, wenn der liebe Gott und Frau Holle verkehrt aus dem Himmel gucken. Man freue sich mit dem Jungen an den kurzen Windungen seiner Eisenbahn, der man durch und durch bis zu den innersten Rädchen sieht. Und wenn man zuweilen das leise Gefühl einer beinahe grausigen Dämonie vor einem solchen Blatt hat, so bedenke man, wie reich an Sonne und Schatten ein junges Menschenherz zum Glück noch ist. Dr. Georg Paech.

Konzert

Sinfoniekonzert der Staatskapelle in Leuben. Mancher oberflächliche Beobachter des Musiklebens wird, als er die Ankündigung dieses Leubener Konzertes las, gedacht haben: So weit ist es nun glücklich gekommen, daß die Staatskapelle, um ihr bißchen Leben zu fristen, schon in die Vorstädte und auf die Dörfer gehen muß, „Musik zu machen". Oh, mit nichten, ihr Verehrten! Das in finanzieller Hinsicht gewiß am meisten zu beneidende Orchester des Landes hat das wirklich nicht nötig. Das einst in künstlerischer und menschlicher Beziehung durchaus exklusiv aristokratische Institut hat diesen Charakter erfreulicherweise heute nur noch künstlerisch, während es sich menschlich auf seine demokratische Aufgabe als Landesorchester besonnen hat. Welche herrlichen Perspektiven für die zukünftige musikalische Kultur der Provinz, und damit zugleich für die Gemütsbildung ihrer Bewohner, wenn auch sie teilhaben an den hervorragendsten Darbietungen. Wenn noch dazu keine wirtschaftlichen Schädigungen andrer Orchester entstehen wie hier in Leuben, dann entfällt auch der letzte Einwand, der gegen das Konzertieren des Staatsorchesters auf dem Lande erhoben werden könnte. Die Genossen vom Leubener Sängerchor „Vorwärts" sind zu ihrem Unternehmungsgeiste und dem Gelingen der Veranstaltung zu beglückwünschen. Die Anwürfe von bürgerlicher Seite, daß die Staatskapelle, mit Fritz Busch an der Spitze, den Auftrag des Leubener sozialistischen Vereins doch nur angenommen habe, weil sie es mit ihrem vorgesetzten sozialistischen Ministerium nicht verderben wolle, erledigen sich sofort, wenn man weiß, daß die Staatskapelle allen Kreisen des Landes, die sie begehren, gerne vorspielt (kürzlich erst in Riesa vor einem vorwiegend bürgerlichen Publikum). — Den Saal des Leubener Gasthofs haben wohl so herrliche Klänge wie gestern noch nie gefüllt. Fritz Busch mit sechzig Mitgliedern der Kapelle entzündete sein jugendliches Temperament an Beethovens C-Moll-Sinfonie — die Zeitmaße gegen früher viel beschwingter, unserm mitteldeutschen Empfinden angenehm angepaßt — ferner an Webers Ouvertüre „Oberon" und „Aufforderung zum Tanz", wobei Professor

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230614/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG